

nicht beteiligen. Ein wenig dürfte dazu auch die Debatte um eine nachhaltige WM 2010 beigetragen haben, bei der das KAS-Büro in Südafrika eine führende Rolle spielte. COP 17 im November/Dezember 2011 in Durban dürfte ebenfalls bewusstseinbildend wirken.

Der Staatsmonopolist Escom versucht es derzeit mit einer Charmeoﬀensive. Eine Windfarm mit einer Kapazität von 100 MW soll an der Westküste entste-

hen. Ebenfalls 100 MW soll eine Solaranlage in der Provinz Northern Cape liefern. Waren diese Projekte zunächst wegen fehlender Finanzmittel auf Eis gelegt worden, soll jetzt ein Kredit der *African Development Bank* (AfDB) deren Realisierung sichern. „With funding assured, Escom goes green“, lautet eine Überschrift dazu im *Business Day* vom 17. März 2011, S. 14. Allerdings sind die Größenordnungen, gemessen am Gesamtbedarf, gering.

## JORDANIEN

PD Dr. Martin Beck, Anna Sunik | KAS-Auslandsbüro, Amman

Auf der Basis einer Analyse der jordanischen Presseagentur *Petra*, der wichtigsten jordanischen Tageszeitungen wie *Jordan Times*, *Al-Ghad*, *Ad-Dustour*, *ar-Ra'î* und *al-Arab al-Yawm* inklusive Leserbriefen und Kommentaren zu Artikeln sowie einer Auswahl an Twitter- und Facebook-Komentaren, Youtube-Beiträgen und Blogs lässt sich generell ein lediglich mäßiges Interesse am japanischen Kernkraftwerksunglück und vor allem an etwaigen politischen Folgen ablesen. Während die Meldungen am Tag der Katastrophe und einige Tage darauf noch die Schlagzeilen der ersten Seite füllen konnten, hat die Berichterstattung inzwischen eher sporadischen Charakter angenommen. Angesichts der aktuellen historischen Umwälzungsprozesse im Nahen Osten ist die allgemeine Aufmerksamkeit ungeachtet der dramatischen Ereignisse in Japan weitgehend auf die arabische Welt bezogen. Auch die regelmäßig in Jordanien stattfindenden Proteste der Bevölkerung sind weiterhin auf die unmittelbare wirtschaftliche und politische Situation in Jordanien und dem Nahen Osten beschränkt und weitgehend unbeeinflusst von den Ereignissen in Japan. Die offiziellen Medien berichteten größtenteils über die Faktenlage (Anzahl der Toten, Verletzten und Vermissten) und gaben die Einschätzung von Wissenschaftlern wieder. Eine wichtige Schlagzeile, die in den meisten Medien zitiert wurde, bezog sich auf den Gefährdungsstand der jordanischen Bevölkerung, der als gering erachtet wurde.

Abgesehen von offiziellen Erklärungen des Königshauses kamen Solidaritätsbekundungen und Empathie vor allem in Leserkomentaren und Twitter-Einträgen zum Ausdruck, verbunden mit Dankbarkeit über die eigene Unversehrtheit, häufig in religiösen Formeln bekundet. Am 14. März kam es vor der japanischen Botschaft in Amman zu einer Solidaritätsdemonstration.

Eine Politisierung des Themas beschränkt sich auf einzelne Leserbriefe und Blog-Einträge. Ganz überwiegend blieben die offiziellen Pläne der jordanischen Regierung, bis 2035 60 Prozent des Energiebedarfs durch Atomenergie zu decken, unkommentiert – und das, obwohl erst im Januar 2011 ein Artikel des *World Tribune* darauf aufmerksam machte, dass das geplante Kernkraftwerk in einer erdbebengefährdeten Zone läge. Auf der offiziellen Webseite der *Jordan Atomic Energy Commission* findet sich keinerlei Kommentar, und auch die *Jordan Engineers Association*, die für September 2011 eine Internationale Energiekonferenz zum Thema Nuklearenergie anberaumt hat, hat bisher nicht reagiert.